

Deutsche Ausgabe

Deutsche Ausgabe
Januar 2024
01/30. Jahrgang
Deutschland: 5,20 EUR
Ausland: 5,60 EUR

LE MONDE diplomatique



Gleise

durch den Regenwald. Luis Reygada über ein umstrittenes Infrastrukturprojekt im Süden Mexikos
► S. 4/5

Jüdisch

in Südafrika. Charlotte Wiedemann über Begegnungen im Dreieck von Apartheid, Holocaust und Zionismus
► S. 6/7

Unabhängigkeit

für den Azawad? Philippe Baqué über den endlosen Krieg im Norden Malis und die zerstörten Hoffnungen der Tuareg
► S. 9

Agenda

der Hamas. Leila Seurat über die Kriegsstrategie und die Rivalitäten im Innern der islamistischen Organisation
► S. 16/17

Rechte

für die Polinnen. Małgo Nieziolek über die Proteste gegen das Abtreibungsgesetz und die Erwartung an die Regierung Tusk
► S. 19

Christoph Hänsli



Ohne Titel, 1994, Acryl und Eitempera auf Leinwand, 71,5 x 124 cm
(zum Künstler siehe Seite 2)

Wie imperialistisch ist Putins Russland?

von Jules Sergej Fediunin und Héléne Richard

Die ukrainische Gegenoffensive gilt als gescheitert. Ein Kriegsende ist nicht abzusehen. Die Regierung in Kyjiw befürchtet, die westliche Unterstützung könnte nachlassen. Sie beschwört deshalb einen „russischen Imperialismus“, der ganz Europa bedrohe. Ist ein solches Narrativ historisch berechtigt, falsch oder schief?

Die im Februar 2022 angegriffene Ukraine versteht ihren Kampf als Befreiungskrieg gegen die alte russische Hegemonialmacht, die ihre Einflusszone wieder ausweiten will. Der Geograf Michel Foucher hat den Konflikt als „Kolonialkrieg“¹ bezeichnet; ganz auf dieser Linie qualifizierte der französische Präsident Emmanuel Macron die russische Aggression im Februar 2023 auf der Münchner Sicherheitskonferenz als „neokolonial und imperialistisch“.

Laut Macron offenbart diese Invasion den inhärenten Expansionsdrang Moskaus, das nur auf eine Gelegenheit gewartet habe, um verlorene Gebiete der ehemaligen UdSSR oder des Zarenreichs zurückzuerobern. Einige Experten gehen weiter und behaupten, Russland sehe sich als zivilisatorische Kraft, die im Namen „traditioneller Werte“ die Herrschaft über die ganze Welt anstrebe.² Imperium, Imperialismus, Kolonialismus: Ein Schlagwort jagt das andere, ohne Klarheit in die Sache zu bringen. Will man das heutige Russland verstehen, muss man deshalb zuallererst die Begriffe ordnen.

Eines ist unstrittig: Ausgehend von einem Kernland, dem Fürstentum Moskau des 13. Jahrhunderts, hat sich Russland ein riesiges Territorium angeeignet, das alle Merkmale eines Imperiums aufweist.

Die Herrschaftsform des Imperiums ist – jenseits unterschiedlicher historischer Ausprägungen – durch einige Gemeinsamkeiten gekennzeichnet. Grundsätzlich beruht das System auf der Unterscheidung und hierarchischen Abstufung zwischen den verschiedenen Völkern und Territorien innerhalb des beherrschten Territoriums.³ Wesentliche Voraussetzung eines Imperiums ist also eine hochgradige kulturelle, ethnische, geografische und/oder administrative Ausdifferenzierung zwischen dem Zentrum und seinen Rändern.

Die zwei Gesichter des russischen Nationalismus

Besonders ausgeprägt ist diese Differenzierung bei den Kolonialreichen: In den geografisch vom Mutterland getrennten französischen oder britischen Kolonien in Asien und Afrika hatten die „Ureinwohner“ eine untergeordnete rechtliche Stellung; für die Verwaltung der Kolonialgebiete war eine gesonderte Bürokratie zuständig. Ausnahmen waren Algerien, das administrativ in drei französische Departements aufgeteilt war, und das ins Vereinigte Königreich integrierte Irland. Im Normalfall setzten die europäischen Imperien auf die Niederlassung von Siedlern aus dem Mutterland, die als moralisch überlegen galten – und daher als berechtigt, die autochthone Mehrheitsbevölkerung auszubeuten.

Wenn diese Differenzierung sich abschwächt oder ganz wegfällt, haben wir es nicht mehr mit einem Imperium zu tun, sondern mit einem Nationalstaat, der gewisse regionale Eigenheiten oder Formen des Föderalismus aufweisen kann. Auf diese Weise ging die nationale Konsolidierung in den Mutterländern der westeuropäischen Kolonialreiche vonstatten: So hat Frankreich die bretonische und baskische Bevölkerung „assimiliert“ (weniger erfolgreich die korsische). Und Spanien hat die Macht der Zentralregierung durch einen Föderalismus eingeschränkt, der allerdings nicht ganz gefestigt ist, wie die katalanischen Unabhängigkeitsbewegung zeigt.

Mit anderen Worten: Während das jeweilige Mutterland seine Machtsphäre nach außen erweiterte, durchlief es selbst parallel dazu einen nationalen Einigungsprozess, auf jeweils eigene Weise. England zum Beispiel hat die Integration der britischen Inseln vorangetrieben und gleichzeitig seine territoriale und kommerzielle Expansion nach Nordamerika und später nach Asien und Afrika betrieben.

Das russische Imperium ist insofern ein besonderer Fall, als es bei seiner Expansion seine territoriale Kontinuität gewahrt hat. Aufgrund dieser Besonderheit nahm die russische Intelligenzija ihren Staat nicht als Imperium, geschweige denn als Kolonialreich wahr.⁴ Und das, obwohl das Zarenreich von der Ostsee bis nach Ostsibirien reichte und verschiedenste Völker und Kulturen unter einer Krone vereinte.

Die territoriale Expansion erfolgte schrittweise und oft unter Einbindung

► Fortsetzung auf Seite 10

Unter Kontrolle

Wie Paris für Olympia 2024 aufrüstet

von Thomas Jusquiamé

Als am 14. Juli 2023 die alljährliche Militärparade auf den Champs-Élysées stattfand, wurde hinter den Kulissen ein weiteres Spektakel veranstaltet: die Sicherheitsvorkehrungen der Polizeipräfektur. Es war wie ein Probelauf für die Olympischen Spiele, die diesen Sommer in Paris und Umgebung stattfinden werden.

In 11 der 20 Pariser Arrondissements galt ein teilweises Parkverbot. Je näher man Richtung Bastille kam, desto mehr Einschränkungen und Kontrollen gab es: Fast fünf Quadratkilometer waren für den Autoverkehr gesperrt und 13 RER- und Metro-Stationen geschlossen.

Im Stadtzentrum war „jede Kundgebung mit Protestcharakter“ im Umkreis von rund 1,5 Kilometern genauso untersagt wie „das absichtliche Verbergen des kompletten Gesichts oder eines Teils davon“. An 19 Kontrollpunkten wurden Besucher:innen der Festivitäten durchsucht und abgetastet; Glasflaschen und alkoholhaltige Getränke mussten abgegeben werden. Zudem wurde das gesamte Areal von hundert Kameras und Drohnen überwacht.

Die Behörden betreiben immer mehr Aufwand, um bei politischen, sportlichen oder kulturellen Großveranstaltungen die öffentliche Ordnung vor kriminellen Umtrieben und Terroranschlägen zu schützen. Um die Menschenmassen zu kontrollieren, wird der öffentliche Raum vorübergehend oder manchmal sogar dauerhaft umgestaltet. Mit all diesen Einschränkungen der individuellen Bewegungsfreiheit kopieren die städtischen Behörden immer öfter eins zu eins die Sicherheitsvorkehrungen, die bislang nur an Flughäfen herrschten.

Die Geschichte dieser Art von Disziplinierung der Massen beginnt im pro-

toindustriellen 18. Jahrhundert mit der Rationalisierung von Arbeitsabläufen. Daran orientierten sich ein Jahrhundert später auch die Eisenbahnpioniere, die eine regelrechte Panik vor dem wachsenden Ansturm auf das neue Verkehrsmittel ergriffen hatte.¹

So wurde der Bahnhof zur Bastion. Schranken und Zäune lenkten die Wege der Reisenden, die vom Eisenbahnpersonal je nach Fahrschein für eine der anfangs noch vier Wagenklassen – vom Stehplatz bis zum gepolsterten Coupé mit Leselampe – in unterschiedliche geschlossene Wartesäle verwiesen wurden.²

Die damit einhergehenden Unannehmlichkeiten sowie eine Reihe von Eisenbahnkatastrophen wie im Jahr 1842, als auf der Strecke Paris–Versailles mindestens 50 Menschen verbrannten, weil sie in ihren Waggons eingeschlossen waren, führten allmählich zu einem Umdenken bei den Betreibern. Schließlich mussten die Sicherheit und Kontrolle der Passagiere mit der wirtschaftlichen Rentabilität der Eisenbahn in Einklang gebracht werden.

Die strenge Lenkung der Massen wurde von Maßnahmen abgelöst, die auf Selbstregulierung und punktuelle Kontrollen setzten, damit „der Passagierstrom kontinuierlich fließt“, erklärt der Soziologe Florent Castagnino, der an der Technischen Hochschule IMT Atlantique lehrt. Dieses Prinzip gilt bis heute, um viel frequentierte Infrastrukturen und städtische Großveranstaltungen zu sichern. Nur dass die Maßnahmen inzwischen viel umfangreicher und ausgeklügelter sind, wie sich am Stade de France besichtigen lässt, dem großen Fußballstadion im Pariser Vorort Saint-Denis, oder bei

► Fortsetzung auf Seite 14

Kluge Köpfe, starke Texte

ANZEIGE



»Die »Blätter« stehen für die beste transatlantische Debatte, die ich mir vorstellen kann – fundiert, klar geschrieben und politisch inspirierend in einer Welt voller Verwirrung und Kitsch.«

Seyla Benhabib, New York

Hier bestellen



Die »Blätter« abonnieren – 128 Seiten jeden Monat:
blaetter.de/abo

Tod in Beirut

Am 2. Januar wurde der Hamas-Führer Saleh al-Aruri bei einem gezielten Drohnenangriff in Beirut getötet. Vermutlich ist Israel für den Angriff verantwortlich, auch wenn es offizielle Bestätigungen vermeidet. Auf den Anschlag dürften weitere gezielte Tötungen von Hamas-Offiziellen folgen, mit denen Israel auf den Terrorangriff vom 7. Oktober reagiert. Seit Jahrzehnten setzt es im Kampf gegen die Hamas, aber auch gegen andere palästinensische Organisationen auf Attentate. Einige davon haben besondere Berühmtheit erlangt, wie etwa der Raketenangriff auf den Hamas-Gründer Ahmad Yassin 2004 in Gaza oder die

gestern in **LMD**
heute in den **Nachrichten**

Tötung des Hisbollah-Kommandeurs Imad Mughniyya 2008 in Damaskus. Besonders spektakulär war der Gift-Anschlag des Mossad auf den damaligen Chef des Hamas-Politbüros Chaled Meschal in Jordanien, über den Adam Shatz in seinem Beitrag „Bündnisse, Morde, Karrieren“, im September 2009 in *LMD* berichtet hat.

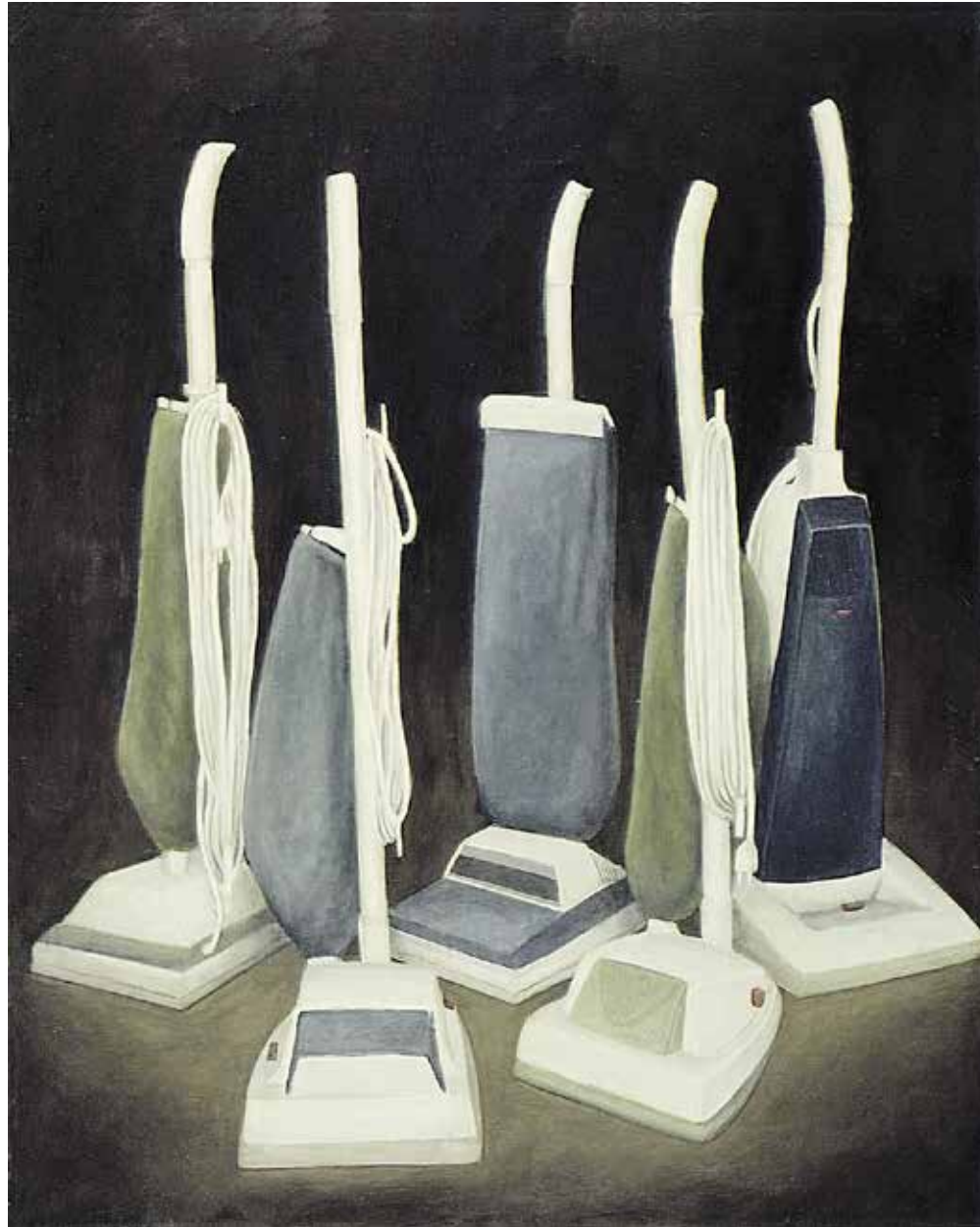
Umschlagplatz Deutschland

In den letzten Monaten haben Zollfahnder die bislang größte in Deutschland gefundene Menge der Droge Captagon sichergestellt: 461 Kilogramm Tabletten im Wert von rund 59 Millionen Euro. Im Visier stand schon länger eine syrische Tätergruppe. Die Ermittlungen wurden Ende 2022 aufgenommen, als bei einem Zufallsfund am Flughafen Köln/Bonn 10 Kilogramm Captagon-Tabletten auftauchten, die paketweise in Bremszylindern versteckt worden waren. In „Verbotene Pille“, im Juli 2023 in *LMD* erschienen, folgt Clément Gibon der Spur der Droge, die heute vor allem in Syrien produziert wird und einst von einem deutschen Pharmakonzern als Medikament gegen Narkolepsie entwickelt wurde.

NRA-Chef tritt zurück

Seit mehr als 30 Jahren war Wayne LaPierre Vorsitzender der National Rifle Association (NRA). Für Ende Januar hat er „aus gesundheitlichen Gründen“ seinen Rücktritt angekündigt. Allerdings steht er seit dem 8. Januar auch wegen Korruptionsvorwürfen vor Gericht. Er soll Spendengelder für private Luxusreisen veruntreut haben. Bereits 2020 hatte die Generalstaatsanwältin des Bundesstaats New York, Letitia James, diesen Vorwurf erhoben. In *LMD* erzählte Deborah Friedell im November 2020 in ihrem Text „Waffen für alle“ die Gründungsgeschichte der NRA und auf welche miesen Tricks und aberwitzigen Argumente die Waffenlobby zurückgreift.

Diese und alle anderen Beiträge seit 1995 im *LMD*-Archiv unter:
monde-diplomatique.de



Der Kongress, 1999, Eitempera und Acryl auf Leinwand, 160 x 130 cm

Christoph Hänsli

Christoph Hänsli, 1963 in Zürich geboren, wurde einmal sehr passend als „malender Konzeptkünstler“ bezeichnet. Seine lakonische Malerei, altmeisterlich ausgeführt, lässt sich irgendwo zwischen Konzeptkunst, Pop Art und Realismus verorten. Im Mittelpunkt seiner Arbeit steht das Ding. Er zeigt uns prosaische Dinge, die wir üblicherweise einfach übersehen, seit 1992 fast ausschließlich im Maßstab eins zu eins. Die Motive sind stets neutral beleuchtet und zeichnen sich durch Humor und Melancholie aus. Hänsli beschreibt seinen Ansatz als ein „buchhalterisches Erfassen“. Menschen sind nie zu sehen, aber die Spuren unseres absurden menschlichen Lebens und unserer Versuche, es zu ordnen, sind allgegenwärtig, sei es im halbleeren Bierglas, auf dem senfverschmierten Pappteller oder im Abdruck eines Körpers in einer Krippe. Christoph Hänsli lebt und arbeitet in Zürich. Vom 12. Januar bis zum 9. März zeigt die Zürcher Galerie Peter Kilchmann vorwiegend neue Arbeiten des Künstlers in einer Einzelausstellung. Für das Bildmaterial, dessen Copyright in Deutschland bei der VG Bild-Kunst beziehungsweise in der Schweiz bei Pro Litteris liegt, danken wir den Galerien Peter Kilchmann in Zürich und Judin in Berlin. www.christophhaensli.ch, www.peterkilchmann.com, www.galeriejudin.com

Wilhelm Werthern

edito

Zweierlei Maß

Im Licht des Völkerrechts ist die Sache sonnenklar: Russland hält Gebiete seines Nachbarlands Ukraine illegal besetzt, desgleichen Israel palästinensische Gebiete, was in UN-Resolutionen regelmäßig verurteilt wird.

Der Westen, der stets eine „regelbasierte Ordnung“ betont, sollte die Okkupation in beiden Fällen gleichermaßen ablehnen. Dem ist aber nicht so. Im einen Fall stehen die USA und die EU auf der Seite des Angreifers, im anderen auf der Seite des Angegriffenen.

Seit Beginn des Krieges zeigt Europa für Millionen ukrainischer Exilanten eine Aufnahmebereitschaft, von der Geflüchtete aus dem Irak, aus Syrien oder aus Afghanistan nur träumen können. Die Ukrainer seien eben „wie wir“, erklärte ein britischer Kolumnist, haben Netflix-Abos und In-

stagram-Accounts, freie Wahlen und unzensurierte Zeitungen. Dagegen wird den Hunderttausenden, die der israelischen Bombardierung des Gazastreifens entkommen wollen, nirgends Aufnahme zuteil. Emmanuel Macron bot lediglich an, 50 verletzte palästinensische Kinder aufzunehmen, „sollte dies sinnvoll und notwendig sein“.

Die USA und die EU reagierten auf die russische Invasion mit drakonischen Sanktionen: ein Ölembargo, Handels- und Bankbeschränkungen, Einfrieren der Vermögen von Oligarchen, Sende- und Verbot für Russia Today. Dazu Boykottaufrufe gegen russische Sportler, Musiker, Filmemacher und Schriftsteller, die Absage von Ausstellungen und Konzerten.

Nichts dergleichen im Fall Israel. Die BDS-Bewegung (Boycott, Divestment, Sanctions) setzt sich seit 2005

vergeblich für Repressalien gegen Israel ein. Das bringt ihr den Vorwurf des Antisemitismus ein: In Deutschland ist sie geächtet, in 30 US-Bundesstaaten sogar verboten; in Frankreich wird sie strafrechtlich verfolgt, in Kanada darf man nicht für sie werben.

Zweierlei Maß herrscht auch, wenn der Westen die teilweise besetzte Ukraine mit Waffen beliefert, aber gleichzeitig Waffen an die Besatzungsmacht Israel verkauft, während für die militärische Unterstützung der Palästinenser Repressalien angedroht werden. US-Präsident Joseph Biden bezeichnete die Bombardierung des Krankenhauses von Mariupol als „Schande für die ganze Welt“, schweigt aber, wenn im Gazastreifen 21 von 36 Krankenhäusern nicht mehr funktionsfähig sind. Er verurteilte das Massaker von Butscha als

„Völkermord“, weigert sich jedoch, zu einem Waffenstillstand in Gaza aufzurufen, wo innerhalb von drei Monaten 22 000 Menschen gestorben sind.

Westliche Kommentatoren setzen die 1200 israelischen Opfer der Hamas häufig ins Verhältnis zur Gesamtbevölkerung von 8 Millionen. Das würde, auf die USA umgerechnet, 45 000 ermordete Zivilisten ausmachen, im Fall Frankreich 10 000. Aber was, wenn man die 22 000 Toten von Gaza hochrechnen würde? In den USA wären 2,8 Millionen, in Frankreich 580 000 Todesopfer zu beklagen. Und noch ein Vergleich: Fast 70 Prozent der Bevölkerung des Gazastreifens wurden zur Flucht gezwungen. Umgerechnet würde das für die USA fast 200 Millionen, für Frankreich etwa 50 Millionen Flüchtlinge bedeuten.

Benoît Bréville

In dieser Ausgabe | 01/24

4 Tren Maya – mehr als ein Zug

Umweltschützer, indigene Aktivisten und Behörden streiten um das große Infrastrukturprojekt in Südmexiko
von Luis Reygada

6 Jüdisch in Südafrika

Begegnungen im Dreieck von Apartheid, Holocaust, Zionismus
von Charlotte Wiedemann

Hörtext des Monats:
monde-diplomatique.de

8 Transitstadt Lusaka

Viele afrikanische Flüchtlinge zieht es nach Südafrika. Auf ihrer Route liegt die sambische Hauptstadt
von Paul Boyer und Rémi Carton

9 Endloser Krieg in Mali

von Philippe Baqué

10 Wie imperialistisch ist Putins Russland?

Fortsetzung von Seite 1
von Jules S. Fediunin und Hélène Richard

12 Die Welt rüstet auf

von Philippe Leymarie

14 Unter Kontrolle

Fortsetzung von Seite 1
von Thomas Jusquiamé

15 Israels falsche Strategie

Seit Jahrzehnten kritisiert der ehemalige Geheimdienstler Matti Steinberg die Politik gegenüber der Hamas
von Charles Enderlin

16 Die inneren Widersprüche der Hamas

von Leila Seurat

18 Rechtsruck in Neuseeland

von Oliver Neas

19 Kirche, Körper, Politik

Geschichte der Abtreibungsgesetze in Polen
von Malgo Nieziolek

20 Eine Zeitung gegen den Strich

Vor 70 Jahren wurde in Paris *Le Monde diplomatique* gegründet
von Benoît Bréville und Pierre Rimbert

Die nächste Ausgabe erscheint am 8. Februar

23 Run auf den Rosé

In der Provence verkommt der Weinbau zum Investitionsobjekt
von Julie Reux

24 Gefangen

Comic von Raysa Fontana

Berichtigung

Im argentinischen Wahlkampf 2019 hat Mauricio Macri gegen den Peronisten Alberto Fernández verloren und nicht gegen Néstor Kirchner (siehe den Beitrag „Warum Milei“ aus der Dezemberausgabe).



Wie imperialistisch ist Putins Russland?

► Fortsetzung von Seite 1

der lokalen Eliten. Ein Beispiel ist das 1648 gegründete Kosaken-Hetmanat auf dem Gebiet der heutigen Ukraine, das sich mit Moskau verbündete, bevor es seine Autonomie verlor.

Mit der wichtigen Ausnahme der jüdischen Bevölkerung, die nur im sogenannten „Ansiedlungsrayon“ im westlichen Teil des Russischen Reichs leben durfte, gab es für keine andere Volksgruppe einen subalternen, auf rassischen oder ethnischen Kriterien basierenden Rechtsstatus. Sehr wohl aber bildete sich eine Art bipolare Hierarchie heraus: auf der einen Seite die heidnischen (und später getauften) oder muslimischen, als „inorodtsy“ (gebietsfremd) bezeichneten Völker Sibiriens, des Kaukasus und Zentralasiens; auf der anderen Seite die im Westen unterworfenen slawischen (polnischen, ukrainischen, belarussischen) sowie die baltischen und deutsch-baltischen Volksgruppen.

Durch den Kontakt mit letzteren Gruppen erlangten die russischen Eliten ab dem 17. Jahrhundert und vor allem seit der von 1682 bis 1725 andauernden Herrschaft Peters des Großen Zugang zur europäischen Zivilisation. Mit anderen Worten: Die russischen Eliten wollten sich eher „selbst zivilisieren“, als den Menschen an der westlichen Peripherie des Reichs ihre eigene materielle und moralische Kultur aufzuzwingen.

Wenn im Fall Russland überhaupt eine Kolonisierung stattgefunden hat, so handelt es sich auch hier um eine Sonderform. Im offiziellen Sprachgebrauch war der Begriff „Kolonisten“ auf zwei Einwanderergruppen beschränkt: auf die Deutschen, die während der Amtszeit der Zarin Katharina II. (1762–1796) angeworben wurden, um mit ihrer protestantischen Arbeitsethik und ihren technischen Fertigkeiten das Land entlang der Wolga zu erschließen; und auf die ins Land geholten Serben und Griechen, die die Schwarzmeerregion besiedeln sollten, was zuweilen auf Kosten der ansässigen Russen und Ukrainer ging.

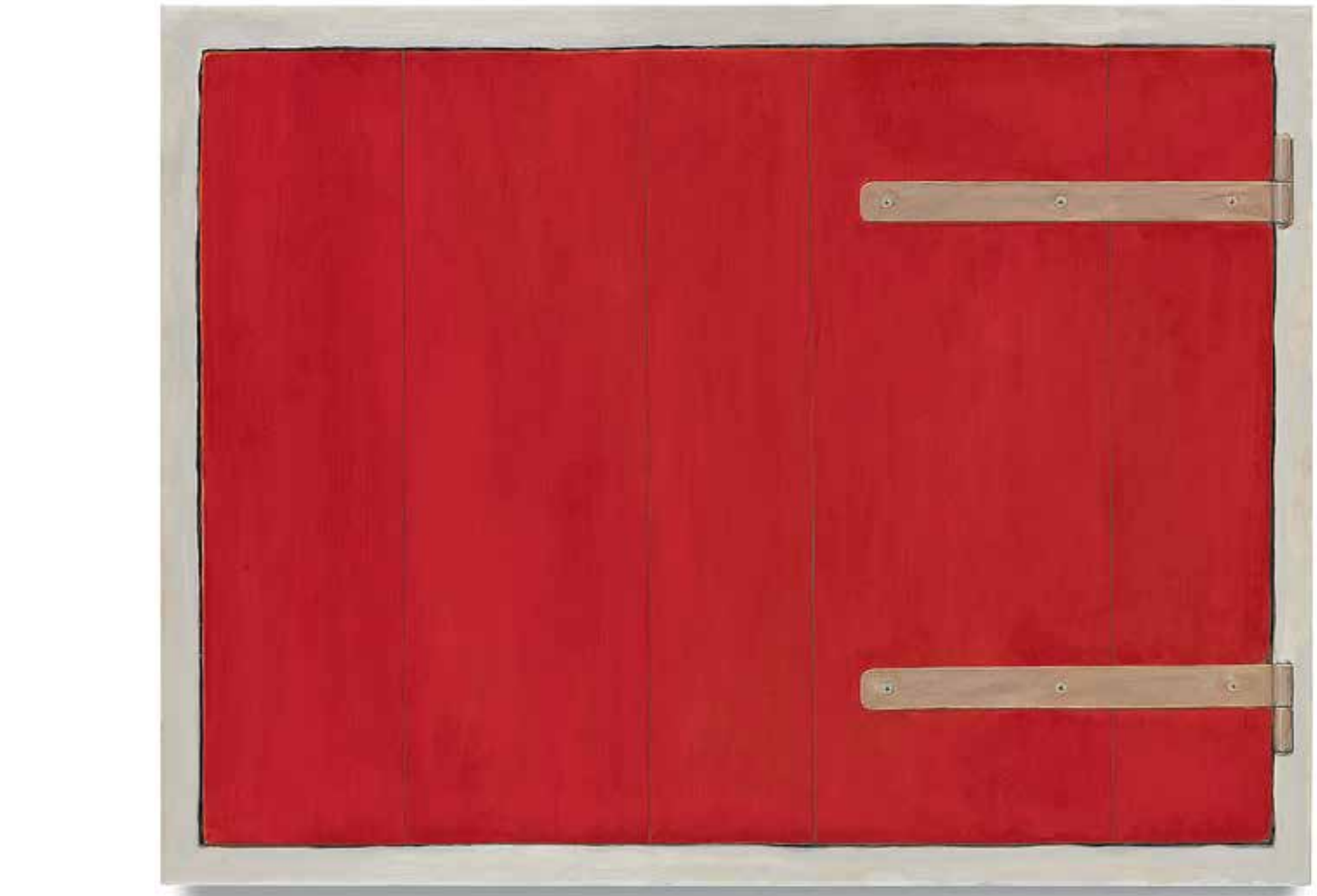
Die Ansiedlung russischer und ukrainischer Bauern in Sibirien und im zentralasiatischen Turkestan begann im 19. Jahrhundert. Die Eroberung des Ostens erfolgte jedoch nicht mittels Kolonien, die territorial und administrativ vom Mutterland getrennt gewesen wären. Die Geschichte Russlands ist vielmehr „die Geschichte eines Landes, das sich selbst kolonisiert“, wie es der Historiker Wassili Kljutschewski (1841–1911) formulierte hat: „Der Raumgewinn dieser Kolonisierung ging mit der Expansion des Staates selbst einher.“

Im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelten russische Intellektuelle, unter dem Einfluss der Jakobiner und später der Dritten Französischen Republik, Konzepte für eine nationale Einigung. Gemeinsam war diesen Vordenkern – vom Dekabristen Pawel Pestel, der für eine egalitäre Republik eintrat, bis zu Peter Struve, der eine demokratische Verfassung anstrebte –, dass sie die Unterschiede und Hierarchien zwischen den Völkern nivellieren wollten.

Bei der Herausbildung eines „nationalen Herzens“ – ein aufgrund der kontinentalen Ausdehnung des Reiches nie vollendetes Projekt – sollten die Ukraine und Belarus mit ihrer vorwiegend bäuerlichen Bevölkerung eine ganz bestimmte Rolle spielen. Nach der schrittweisen Aufteilung Polens zwischen Preußen, dem Habsburger- und dem Zarenreich (1772–1795) versuchte die russische Krone, diese beiden Bevölkerungsgruppen gegen den polnischen Adel aufzubringen. Damit verstärkte sie jedoch nur das polnische Nationalgefühl, das sich in den Aufständen von 1830 und 1863 artikuliert.

Aus Angst vor der Ausbreitung des „Polonismus“ setzte das zaristische Russland auf die Doktrin von der Vereinigung der orthodoxen Ostslawen zu einer „dreifaltigen“ russischen Nation von Großrussen, Kleinarussen und Weißrussen (seit sowjetischen Zeiten in Russen, Ukrainern und Belarussen umbenannt).⁶ Zu Zeiten des Zarenreichs waren die „Kleinarussen“, wie der Historiker Alexei Miller anmerkt, „niemals aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert, sondern stets eingeladen, Teil der russischen Nation zu sein. Doch das Recht auf den Status einer eigenen Nation wurde ihnen versagt.“⁷

Vor diesem Hintergrund ist nicht plausibel, die Geschichte der russisch-ukrainischen Beziehungen durch das Prisma des „Kolonialismus“ zu betrachten – jedenfalls, wenn man mit diesem Begriff zugleich die Politik der europäischen Kolonialmächte in ihren Überseegebieten beschreiben will.



Christoph Hänsli, Rote Klappe, 2022, Eitempera und Acryl auf Leinwand 65,5 x 85,5 cm

Als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Bestrebungen in Richtung einer eigenständigen ukrainischen Nation (Ukrainstvo) aufkamen, reagierte die Zentralgewalt mit einer Russifizierungspolitik nach dem französischen Assimilationsmodell: Ausrottung der Regionalpraktiken mit dem Ziel, eine integrierte Volksgemeinschaft zu erschaffen. Zwischen 1863 und 1876 wurden Dekrete erlassen, die den Gebrauch des „Kleinarussischen“ einschränkten, das die zaristischen Behörden lediglich als volkstümliche, ländliche Variante der russischen Sprache betrachteten. Doch da die staatliche Infrastruktur insgesamt und speziell das Schulwesen unterentwickelt waren, blieb die sprachliche Russifizierung auf die Städte beschränkt. Die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung sprach weiterhin Ukrainisch.

1917 brach das Russische Reich unter der Last des Krieges zusammen. Das schuf Raum für zahlreiche nationale Autonomiebestrebungen. In der Ukraine entstanden kurzlebige politische Gebilde wie die Ukrainische Volksrepublik und das Hetmanat unter Pawlo Skoropadskyj. Der Russische Bürgerkrieg (1917–1922) offenbarte außerdem die Spaltung der ukrainischen Nationalisten in mehrere Lager.

Zurück zum zaristischen Völkergefängnis?

Gestützt auf die Erfolge der Roten Armee, fand Lenin eine originelle Antwort auf die „nationale Frage“. Er bezeichnete das Zarenreich als „Völkergefängnis“, an dessen Stelle die UdSSR errichtet wurde: eine Föderation formal unabhängiger Republiken, wobei sich jede um einen nationalen Kern gruppierte, zugleich aber anderen Minderheiten kulturelle Rechte gewährte. Das bedeutete die prinzipielle Anerkennung von „Nationalitäten“ (ethnischen Zugehörigkeiten), die fortan bei den Volkszählungen und auf den Pässen der Sowjetbürgerinnen und Sowjetbürger registriert wurden.

In den 1920er Jahren förderte der junge Sowjetstaat die nationalen Kulturen wie auch die lokalen Sprachen und Eliten, wobei unter dem Etikett „Indigenisierung“ (Korenisazija) bereits eine Art positiver Diskriminierung betrieben wurde.⁸ Allerdings ging man davon aus, dass die sowjetische Identität die nationalen Zugehörigkeiten, die als Relikte der Vergangenheit galten, nach und nach überlagern und zurückdrängen würden. Das Projekt verlief relativ erfolgreich – insbesondere aus russischer Sicht, weil sich Russisch als Lingua franca in der UdSSR durchsetzte.

Die Ukraine zählte, zusammen mit Russland, Belarus und einer kurzlebigen Transkaukasischen Föderation⁹ zu den Gründungsmitgliedern des Sowjetstaates. Dabei kam der Ukraine dank ihres wirtschaftlichen Potenzials, ihrer strategischen Lage als Anrainer des Schwarzen Meeres und ihrer vielen gut ausgebildeten Kader inner-

halb der UdSSR eine privilegierte Stellung zu, die jedoch eine Kehrseite hatte: Sämtliche Unabhängigkeitsbestrebungen wurden unterdrückt, zumal in Galizien, das seit 1919 zu Polen gehörte, in den 1930er Jahren ein radikaler ukrainischer Nationalismus entstand, der von den europaweit aufkommenden faschistischen Bewegungen beeinflusst war.

Aus Sicht Moskaus übte dieser Nationalismus eine gefährliche Anziehungskraft auf die sowjetische Ukraine aus, die unter der Kollektivierung und der Hungersnot von 1932/33 besonders stark gelitten hatte. Gleichwohl waren die Ukrainerinnen und Ukrainer in der Sowjetzeit offiziell als eigenständige Nation anerkannt – allerdings nur innerhalb der durch die Bande der „Brüderlichkeit“ mit dem russischen Volk gesetzten Grenzen.¹⁰

Erst im Rückblick wurde die Sowjetunion zum Imperium uminterpretiert.¹¹ Während des Kalten Krieges sprachen nur wenige Historiker von einem „Sowjetreich“. Zu ihnen gehörte Richard Pipes, der russische Geschichte an der Harvard University lehrte, und als Ex-Berater von US-Präsident Ronald Reagan der antikommunistischen Diaspora aus Osteuropa nahestand.

Nach 1991 begann sich der Begriff durchzusetzen, unter anderem dank der viel beachteten Publikationen des Historikers Timothy Snyder („Bloodlands“, 2010) und der Journalistin Anne Applebaum. In der historischen Forschung vollzog sich eine Neubewertung der sowjetischen Ära durch das Prisma des Begriffs „Imperium“. Parallel zu diesem „Imperial Turn“ kam im politischen Diskurs die Vorstellung auf, das postsowjetische Russland sei auf erneute Aggressionen gegen seine Nachbarn programmiert.

Aus dieser politischen Sichtweise, die vor allem in Zentral- und Osteuropa vorherrschte, entsprang die Idee einer Eindämmungspolitik gegenüber Moskau, also der Ausweitung der Nato nach Osten, wiewohl Russland seit Auflösung der Sowjetunion bereits dramatisch geschwächt war.

Wladimir Putin wird nachgesagt, schon früh auf die Wiederherstellung des „sowjetischen Imperiums“ hingearbeitet zu haben. In diesem Zusammenhang wird oft auf den Aufsatz „Russland an der Schwelle zum dritten Jahrtausend“ verwiesen, den er im Dezember 1999 veröffentlicht hat. Darin stellt er einen Zusammenhang her zwischen der „politischen Spaltung der Gesellschaft“ und der geschwächten Macht des Landes.

Besonders heftig attackierte Putin in diesem Text die Idee einer „Revolution“ im Sinne umwälzender Veränderungen, die von „ideologisch“ inspirierten Minderheiten geplant würden. Dem setzte er ein konservatives Weltbild entgegen, das auf Werten wie Stabilität und nationaler Einheit beruhte, aber auch schrittweise Reformen vorsah – im Gegensatz zu der brutalen, „von außen“ oktroyierten Liberalisierungsstrategie, die das Land an den Rand des Zusammenbruchs gebracht habe.

Im dem Text ging Putin auch auf das Thema Patriotismus ein: „Wenn dieses Gefühl frei von nationaler Überheblichkeit und imperialen Ambitionen ist, ist es nicht verwerflich. Für das Volk ist es eine Quelle des Mutes, der Beständigkeit und der Stärke.“ Unerwähnt ließ er den Tschetschenienkrieg, der einige Monate zuvor begonnen hatte. Doch Putins Vorstellung von einem „starken Staat“ schloss die Verteidigung der Souveränität und damit den unerbittlichen Kampf gegen jeglichen Sezessionismus ein.

Dennoch ist es anachronistisch und schlichtweg falsch, diesen Text als Ankündigung einer Mission zur Wiederherstellung der sowjetischen Grenzen zu lesen. In den 1990er Jahren herrschte in Moskau eher die Vorstellung, Russland und die Ukraine könnten eine neue Art von Bündnis nach dem Vorbild der russisch-belarussischen „Union“ von 1997 eingehen.

Man darf auch nicht außer Acht lassen, dass das Ende der UdSSR durch einen Akt der Selbstauflösung besiegelt wurde, der von den Präsidenten der drei slawischen Republiken Russland, Belarus und Ukraine unterzeichnet wurde. Dabei entsprach die Unabhängigkeit im Fall Belarus und Ukraine weniger dem Wunsch, eine „sowjetische Besatzung“ zu beenden – wie im Fall der baltischen Staaten –, als vielmehr dem Bestreben, die zwischenstaatlichen Beziehungen gleichberechtigter zu gestalten.

Am 8. Dezember 1991 unterzeichnete der erste Präsident der Ukraine, Leonid Krawtschuk, zusammen mit seinen russischen und belarussischen Kollegen Schuschkewitsch und Jelzin das Gründungsdokument der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Acht Tage zuvor hatten 90,32 Prozent der Ukrainerinnen und Ukrainer in einem Referendum für die Unabhängigkeit ihres Landes gestimmt.

Gleichwohl betrachtet die russische Führung die Ukraine nach wie vor als Teil der „natürlichen“ Einflussphäre Moskaus. Als Vorbild dient ihr dabei die Monroe-Doktrin, die den amerikanischen Kontinent als Interessensphäre der Vereinigten Staaten definierte. Legt man einen relativ platten Begriff von „imperialistischer“ Politik zugrunde, kann man ihn also durchaus im Fall Russland anwenden: als Anspruch einer regionalen Macht, auf ein bestimmtes geografisches Gebiet Einfluss auszuüben – sei es wirtschaftlich mittels „Partnerschaften“ (Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft und ihre Nachfolgeorganisation Eurasische Wirtschaftsunion), sei es sicherheitspolitisch mittels der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS).

In der Konkurrenz der Interessensphären befindet sich Russland gegenüber den USA und der EU in der Defensive, insofern diese ihre militärischen und wirtschaftlichen Strukturen – mittels Nato und EU-Assoziierungsabkommen – nach Osten ausweiten. Damit wurde der postsowjetische Raum zum Terrain konkurrierender Einflüsse

und Einmischungsversuche. Die militärische Intervention war zwar zunächst kein zentrales Instrument des neuen russischen Staates, gehört aber zu seinem handwerklichen Arsenal – insbesondere in den abtrünnigen prorussischen Regionen Moldaus (Transnistrien) und Georgiens (Abchasien, Südossetien). Moskau will diese Regionen zwar nicht formell annektieren, aber weiterhin als Hebel benutzen, um politischen Druck auf Moldau und Georgien auszuüben.

Aus den genannten historischen Gründen bedeutete die Hinwendung der Ukraine nach Westen aus Sicht Moskaus das Überschreiten einer roten Linie. Ein böses Vorzeichen für eine größere Konfrontation war dabei die Polarisierung der politischen Landschaft in der Ukraine, da die Konfrontation zwischen prorussischen und prowestlichen Kräften rivalisierende Einmischungen aus dem Ausland begünstigte.

Der Bukarester Nato-Gipfel im Jahr 2008 stellte einen Wendepunkt dar. Das Abschlusskommuniqué enthielt die Zusage an die Ukraine (und Georgien), „Mitglieder der Nato zu werden“; allerdings verhinderten Paris und Berlin, dass das Land bereits den offiziellen Status eines Beitrittskandidaten erhielt. Damit wurde die Ukraine vollends zum roten Tuch für Russland, ohne dass der Westen Kyjiw zusätzliche Sicherheitsgarantien gewährt hätte.

Dieses verwandelte strategische Umfeld hat erheblich zur nationalistischen Radikalisierung der russischen Staatsführung beigetragen.¹¹ Bezeichnend ist dabei, dass sich Putin bei seinen Äußerungen über den sicherheitspolitischen Zankapfel – die Nato-Osterweiterung – immer stärker auf die Ukraine konzentrierte. Dabei setzte er die Emanzipation der Ukraine gleich mit der Zerstörung gewachsener nationaler Beziehungen; als einen Angriff auf Russlands „legitimes“ Recht auf Handlungsfreiheit in seinem angestammten regionalen Umfeld.

Russland hat seit 1991 enorm an Einfluss verloren. Seitdem beugt man in Moskau den als omnipotent wahrgenommenen Gegenspieler USA mit großem Misstrauen und ist bemüht, den eigenen Einflussbereich gegen das Vordringen „des Westens“ zu verteidigen.¹² Der Zusammenbruch der Sowjetunion war für einen Großteil der russischen Militärelite ein Schock: Gorbatschows Perestroika-Politik wurde in ihren Augen von Washington angezettelt. Das bestärkte sie in der Auffassung, man könne in der „neuen Welt“ beträchtliche strategische Gewinne erzielen, ohne auch nur eine einzige Rakete abzufeuern.

Die Ereignisse der 2000er Jahre bestätigten die Wirksamkeit indirekter Strategien – Informationskampagnen, die Kooptation ausländischer Funktionsträger und die Installation befreundeter Regime –, die der Anwendung roher Gewalt

offenbar überlegen waren. Aus Sicht russischer Strategen hatten die „Farbrevolutionen“ in den ehemals sowjetischen Republiken Georgien, Kirgistan und in der Ukraine dieselben Wurzeln wie die späteren Umwälzungen des „Arabischen Frühlings“ in Nordafrika und im Nahen Osten: Man interpretierte sie als bewusste Strategie der USA, ein „kontrolliertes Chaos“ zu erzeugen, was dann auch zu Militärinterventionen wie im Irak (2003) oder in Libyen (2011) führen konnte.

Nach der russischen Doktrin war eine bewaffnete Auseinandersetzung möglichst zu vermeiden. Militärische Gewalt war nur als letztes Mittel vorgesehen, wenn indirekte Strategien versagen – dann aber in Form blitzschnellen, entschiedenen Zuschlagens.

Die Annexion der Krim im Jahr 2014 – durch Soldaten ohne Hoheitszeichen mit Unterstützung einheimischer politischer Kräfte – wurde als erfolgreiche Umsetzung der neuen Doktrin verbucht. Dieser taktische Erfolg bedeutete jedoch die Abkehr von dem strategischen Ziel, eine prorussische (oder zumindest „neutrale“) Ukraine zum Nachbarn zu haben. Zwar hatte sich Moskau damit die weitere Kontrolle über den russischen Marinestützpunkt Sewastopol gesichert, zugleich aber eine Ukraine geschaffen, die zwar flächenmäßig geschrumpft, aber noch entschlossener und dank westlicher Hilfe noch besser bewaffnet war als zuvor.

Auch der Einmarsch in der Ukraine vom 24. Februar 2022, dem Ultimaten an die USA und die Nato vorausgingen, war nur als punktuelle Militäraktion geplant. Ziel war der Sturz der Regierung in Kyjiw nach dem Vorbild der US-Attaken in Afghanistan gegen das Taliban-Regime (2001) und im Irak gegen Saddam Hussein (2003). Wobei man in Moskau vergaß, dass die Operationen der USA – des verhassten, dennoch oft kopierten Widersachers – in beiden Fällen letztlich scheiterten.

Putins Anordnung der „militärischen Spezialoperation“ gegen die Ukraine beruhte keineswegs auf einem ausgearbeiteten Plan territorialer Eroberungen, meint der französische Russland-Experte Dimitris Minic. Sie war vielmehr das Resultat einer „verunglückten Schlussfolgerung aus dem Scheitern der indirekten Strategie Russlands in der Ukraine“.

Der Krieg gegen die Ukraine hat zwar als „imperialistische“ Intervention begonnen, dann aber, als er ins Stocken geriet, seinen Charakter mehr und mehr verändert. Er wurde zu einem bewaffneten Konflikt, wie er typischerweise beim Zerfall von Vielvölkerstaaten auftritt. Dabei geht es vor allem um die Grenzziehung zwischen neu entstehenden Nationalstaaten, die sich im Fall der ehemaligen Sowjetunion zunächst auf deren Peripherie und insbesondere auf den Kaukasus beschränkt hatten.

Welche Kriegsziele Moskau in der Ukraine verfolgt, wurde im September 2022 deutlich, als vier teilweise okkupierte Regionen im Osten der Ukraine zu russischem Staatsgebiet erklärt wurden. Die Vorstellung dagegen, der Krieg gegen die Ukraine sei nur Auftakt zur Eroberung von Vilnius, Tallin oder Warschau, entbehrt jeder Logik. Moskau hat weder die Mittel, die Nato zu bedrohen, noch den Willen, ein neues Imperium zu errichten. Ziel ist vielmehr, das „nationale Herz“ neu zu definieren – und das nicht nur zulasten der Ukraine, sondern auch von Belarus, dessen Regime bereits weitgehend von Moskau abhängig ist. In diesem Sinne könnte man die derzeitige Phase des Konflikts als postimperial bezeichnen – oder noch präziser als nationalistischen Konflikt, der an die Konfrontation zwischen Serbien und Kroatien erinnert.

Unschlüssig in der Sprachenfrage

Während westlich der Frontlinie die Ukrainisierung vorangetrieben wird, schreitet entsprechend im Osten die Russifizierung voran. Die Ukrainisierung folgt dem klassischen Aufbauprozess eines Nationalstaats nach der Formel: ein Volk, eine Sprache, eine Zentralregierung.¹³ Dieser Prozess hat sich nach 2014 und erneut seit Februar 2022 weiter beschleunigt. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs versucht die Regierung, die mit dem Moskauer Patriarchat verbundene Ukrainisch-Orthodoxe Kirche (UPZ) zu verbieten, was die 2018 gegründete autokephale Orthodoxe Kirche der Ukraine (PZU) begünstigen würde.

Nach der Umbenennung alter sowjetischer Toponyme wurden mittlerweile auch Bezeichnungen mit Russlandbezug für öffentliche Orte verboten. Diese „Entrussifizierung“ knüpft an die 2015 begonnene „Entkommunisierung“ an; Denkmäler von Feldherren und Künstlern, die einst als gemeinsames Erbe Russlands und der Ukraine galten, werden zerstört und russischsprachige Bücher aus öffentlichen Bibliotheken entfernt.

Die Russifizierung östlich der Donbass-Front ist nicht weniger eindeutig. In den von der russischen Armee kontrollierten Gebieten ist die Bevölkerung zur Annahme russischer Pässe verpflichtet, die russische Staatsbürokratie breitet sich aus, das russischsprachige Bildungssystem wurde übernommen, der Rubel ist die einzige Währung.

Vor Ort gehen die Meinungen über diesen Russifizierungsprozess jedoch auseinander. Die eine Seite will die Differenzierung zwischen Russen und Russischsprachigen aufheben, demnach wären alle Menschen mit Muttersprache Russisch „natürliche“ Bürgerinnen und Bürger der Russischen Föderation. Die andere Seite kann sich vorstellen, dass die von Russland annektierten

Gebiete (soweit unter Kontrolle Moskaus) ihre ukrainische Identität in einem sich weiterhin als „pluriethnisch und multikulturell“ definierenden Bundesstaat behalten können.

Das russische Bildungsministerium hat die Ausarbeitung eines Lehrbuchs für Ukrainisch angekündigt, das auf sowjetischen Vorläufern beruht. Es soll den Schülerinnen und Schülern in den vier annektierten Regionen ermöglichen, neben anderen „Muttersprachen“ – also den Sprachen nationaler Minderheiten – auch Ukrainisch zu lernen, wobei die obligatorische Unterrichtssprache Russisch ist.

Die Unschlüssigkeit in der Sprachenfrage spiegelt die zwei Gesichter des russischen Nationalismus wider, der seit seinem Aufkommen Mitte des 19. Jahrhunderts zwischen zwei Polen hin und her schwankt: der Versuchung, einen Nationalstaat zu gründen, der die ethnische Mehrheit privilegiert, und dem imperialen Projekt, das die Dominanz über weiträumige Territorien und ethnisch wie kulturell diverse Volksgruppen anstrebt.

In Kyjiw, aber auch in bestimmten westlichen Kreisen herrscht dagegen die Auffassung, dass die Russische Föderation selbst einem Kolonialreich gleicht. Zum Beweis wird darauf verwiesen, dass die ethnischen Minderheiten in den unteren Rängen der russischen Armee überrepräsentiert sind. Deshalb schaut man aufmerksam auf die Regionen, die der Moskauer Militärführung dieses „Kanonenfutter“ liefern.

Zum Beispiel hat das ukrainische Parlament im Oktober 2022 die tschetschenische Exilregierung von Achmed Sakajew anerkannt, Tschetschenien zu einem „vorübergehend von Russland besetzten Gebiet“ erklärt und den „Völkermord an den Tschetschenen“ verurteilt, den Moskau in den 1990er Jahren begangen habe. In Brüssel tagte Anfang 2023 das „Forum Freier Völker Post-russlands“, in dem „nichtrussische“ ethnische Gruppen vertreten sind, die für die Unabhängigkeit von Randrepubliken der Russischen Föderation (wie Burjatien, Jakutien und Tatarstan) eintreten. Gastgeber war die rechtspopulistische ECR-Fraktion des Europäischen Parlaments.¹⁴

Osteuropa-Experten wie Edward Lucas vom Center for European Policy Analysis (CEPA) in Washington empfehlen den USA, „die Entkolonialisierung Russlands“ anzustreben. „Anstatt sich auf einen Regimewechsel oder die Persönlichkeit Wladimir Putins zu konzentrieren, sollten alle Länder, die mit Russland zu tun haben, dieses langfristige Ziel vor Augen haben.“¹⁵ Auf derselben Linie liegt der Historiker Alexander Etkind von der Central European University. Er räumt zwar ein, der Zerfall Russlands sei mit „enormen Problemen“ verbunden, und verweist auf alle möglichen Grenzkonflikte, aber auch auf das russische Atomwaffenarsenal.¹⁶ Dennoch befürwortet er dieses Szenario, das man nur als Balkanisierung plus Atomwaffen bezeichnen kann.



Christoph Hänsli, Krippe, 2023, Acryl auf Leinwand, 52 x 80 cm

¹ Michel Foucher, „Ukraine, une guerre coloniale en Europe“, Paris (L'Aube) 2022.

² Claudio Sergio Ingerflom, „Le Domaine du Maître: l'État russe et sa mission mondiale“, Paris (Presses universitaires de France) 2023.

³ Siehe Jane Burbank und Frederick Cooper, „Was ist ein Imperium?“, *LMd*, Dezember 2011.

⁴ Marc Raëff, „Un empire comme les autres?“, *Cahier du monde russe et soviétique*, Paris, Bd. 30, Nr. 3–4, Juli–Dezember 1989, S. 321–327.

⁵ Als Dekabristenaufstand wird ein militärischer Putschversuch vom Dezember 1825 bezeichnet, mit dem Zar Nikolaus I. zur Einführung einer Verfassung gezwungen werden sollte. Der gescheiterte Aufstand mündete in schweren Repressionen.

⁶ Siehe Roman Szporluk, „Nationalism after Communism: Reflections on Russia, Ukraine, Belarus and Poland“, *Nations and Nationalism*, Cambridge, Bd. 4, Nr. 3, 1998, S. 301–320.

⁷ Alexei Miller, „National Identity in Ukraine: History and Politics“, *Russia in Global Affairs*, Moskau, Bd. 20, Nr. 3, 2022.

⁸ Terry Martin, „The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939“, Ithaca (Cornell University Press) 2001.

⁹ Diese Föderation wurde 1936 aufgelöst und durch die Sowjetrepubliken Georgien, Aserbaidschan und Armenien ersetzt.

¹⁰ Siehe Andreas Kappeler, „Ungleiche Brüder – Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart“, München (C. H. Beck) 2022.

¹¹ Siehe Juliette Faure, „Wer sind die russischen Falken?“, *LMd*, April 2022.

¹² Siehe Dimitris Minic, „Pensée et culture stratégiques russes. Du contournement de la lutte armée à la guerre en Ukraine“, Éditions de la Maison des sciences de l'homme, Paris, 2023.

¹³ Siehe Nikita Taranko Acosta, „Ukrainisch für Anfänger“, *LMd*, Mai 2019.

¹⁴ Bis Ende 2023 hat das Forum siebenmal getagt, jeweils auf Einladung rechtspopulistischer und EU-skeptischer Kreise.

¹⁵ Edward Lucas, „After Putin“, CEPA, Washington, 19. Juni 2022, <https://cepa.org>.

¹⁶ *L'Express*, Nr. 3755, 22–28 Juni 2023.

Am 19. Oktober 2022 erklärte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor dem Europäischen Parlament: „Gezielte Angriffe auf zivile Infrastrukturen – mit der klaren Absicht, Männer, Frauen und Kinder von Wasser, Strom und Heizung abzuschneiden – sind reine Terrorakte. Und als solche müssen wir sie benennen.“

Diese Regel gilt nicht länger. Zumindest dann nicht, wenn die „gezielten Angriffe“ von einem Verbündeten der westlichen Staatengemeinschaft ausgeführt werden. Nach den von der Hamas am 7. Oktober verübten Massakern an über 1200 Menschen im Süden Israels, die Mehrheit von ihnen Zivilist:innen, kündigte der israelische Verteidigungsminister Joav Gallant eine vollständige Belagerung des Gazastreifens an: „Es wird keinen Strom geben, keine Lebensmittel, keinen Treibstoff. Wir kämpfen gegen menschliche

Tiere und dementsprechend handeln wir.“

Bis zum 2. Januar wurden im Gazastreifen 22 600 Menschen getötet. Die israelische Armee bombardiert Wohnhäuser, Schulen und Redaktionsräume unter dem Vorwand – der in der Ukraine auch von der russischen Armeeführung vorgebracht wird –, dass sich darin feindliche Kämpfer verschanzen.

Dass sich die französischen Medien in erster Linie auf die von der Hamas verübten Kriegsverbrechen fokussieren, hat zu einer Umdeutung des gesamten Nahostkonflikts geführt: Als Kernproblem des Konflikts erscheint plötzlich der islamistische Terrorismus. In einem Land wie Frankreich, das von zahlreichen islamistischen Anschlägen erschüttert wurde, hat eine solche Umdeutung zur Folge, dass die Medien ihre Rolle nicht mehr darin sehen, zu informieren, sondern darin, den neuen harten Kurs der Regierung

mitzutragen und gegen diejenigen vorzugehen, die diesen Kurs infrage stellen.

In den Wochen nach dem Angriff der Hamas beschnitt die französische Regierung grundlegende Freiheitsrechte, die schon einmal, und zwar während der Lockdowns in der Coronapandemie, ausgehöhlt worden waren. Solidarische Kundgebungen für Palästina wurden verboten, ohne dass die selbsternannten Hüter der Demokratie dagegen Einspruch erhoben hätten. Am 10. Oktober wies Justizminister Éric Dupond-Moretti die Staatsanwaltschaft an, gegen die Verbreitung von Botschaften vorzugehen, „die zu einer positiven Bewertung der Hamas oder des Islamischen Dschihad ermutigen“. Das gelte auch, wenn solche Äußerungen „im Kontext einer Debatte von öffentlichem Interesse getätigt werden und den Anspruch erheben, Teil des politischen Diskurses zu sein“.

Eine Zeitung gegen den Strich

Vor 70 Jahren wurde in Paris *Le Monde diplomatique* gegründet

von Benoît Bréville und Pierre Rimbart



Christoph Hänslli, Büro D.M., 2009, Eitempera und Acryl auf Leinwand, 180 x 130 cm

Das Who's who der schreibenden Zunft stürzte sich sofort in eine eigene „Debatte“ – allerdings ging es darin nicht um die Meinungsfreiheit, obwohl sie behaupteten, diese zu verteidigen. Es wurde vielmehr gefordert, politische Gruppierungen strafrechtlich zu belangen oder zu verbieten, die den palästinensischen Widerstand, der seit seinen Anfängen mit dem Label „Terrorismus“ versehen wurde, rechtfertigen oder zu erklären versuchen. Übrigens waren hier sowohl Charles de Gaulle als auch Jacques Chirac einst anderer Meinung.

Dass sich die Redaktionen so klar auf eine Seite schlagen, rührt weniger von Duckmäusertum als echter Verblendung. Ihnen doppelte Standards vorzuwerfen, hieße darüber zu jammern, dass sie von einem Standard abweichen, den sie schon lange über Bord geworfen haben: die Gleichbehandlung und gleiche Würde für alle menschlichen Wesen.

Der ehemalige Starmoderator des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, David Pujadas, brachte am 11. Oktober im TV-Sender LCI auf den Punkt, was viele Koryphäen seines Metiers denken: Sollten wir die Bewohner:innen des Gazastreifens als Komplizen der Hamas betrachten, so wie die Menschen in Russland möglicherweise Komplizen des Kreml sind?, fragte er sich. Oder sollten wir die übermenschliche Anstrengung unternehmen, Mitgefühl zu zeigen: „Sollten wir sagen, ‚ein Zivilist in Gaza ist dasselbe wie ein Zivilist in Israel?‘“

Die Antwort von John Simpson, Leiter der BBC-Auslandsredaktion, hätte Pujadas wohl verblüfft. Auf die Kritik, die Hamas nicht als Terrororganisation zu bezeichnen, antwortete er: „Unsere Aufgabe ist es, unseren Zuschauern die Fakten zu präsentieren, damit sie sich selbst eine Meinung bilden können.“¹

Nach den verheerenden Terroranschlägen vom 13. November 2015 mitten in Paris und am 14. Juli 2016 auf der Promenade des Anglais in Nizza haben sich die französischen Nachrichtenredaktionen gewissermaßen selbst radikalisiert und verurteilen seitdem automatisch jede Kritik an den Regierenden in Washington, Brüssel oder Paris als provokant, wenn nicht gar justiziabel. Bericht erstatten bedeutet für sie, die Fakten durch eine atlantische Brille zu betrachten. Die „internationale Gemeinschaft“ ist für sie eine westliche Bruderschaft.

Zu Recht prangern sie nach der Ermordung eines Journalisten in Moskau das autoritäre Regime an; doch die Ermordung dutzender palästinensischer Journalisten entlockt ihnen nur ein müdes Achselzucken.² Tausende Artikel beschäftigen sich mit den Desinformationen, die von Russland oder der Hamas verbreitet werden. Kommen die Fake News hingegen aus der Ukraine oder Israel, werden sie ungeprüft übernommen.

Eine weitere Konstante in der Berichterstattung über den israelisch-palästinensischen Konflikt ist die Verschleierung der historischen Zusammenhänge. Das Thema schafft es ohnehin nur dann in die Schlagzeilen, wenn es einen palästinensischen Angriff gegeben hat. Und dann wird geflissentlich ausgeblendet, was zuvor geschah – Kolonisierung, Vertreibung, Morde, die Zerstörung von Brunnen und Ernten, Demütigungen. Israel wird kategorisch als Opfer dargestellt, das sich selbst verteidigt. „Israel reagiert. Die israelische Regierung sagt, dass dies eine Reaktion ist“, insistierte der Journalist Benjamin Duhamel am 13. Oktober auf dem Sender BFMTV mit Blick auf die Bombardierung Gazas.

Le Monde diplomatique wurde in Opposition gegen diese Art redaktioneller Apartheid gegründet. Von seiner Gründung 1954 bis in die 1980er Jahre hinein unterstützte es zunächst die Unabhängigkeitsbewegungen in den Kolonien und dann die Bewegung der Blockfreien, also jene Staatengruppe, die sich weder dem US-amerikanischen noch dem sowjetischen Lager anschließen wollte und auf ihrer nationalen Unabhängigkeit und einer eigenständigen

Entwicklung – häufig unter dem Banner des Sozialismus – beharrte.

Damals war *Le Monde diplomatique* mit dieser Haltung nicht allein. Doch heute ist es kaum noch vorstellbar, dass Zeitungen wie *L'Express*, *Le Nouvel Observateur* und *Le Monde* einst in der Lage waren, Verständnis für die „Terroristen“ der algerischen Nationalen Befreiungsfront (FLN) zu haben – die ebenfalls Massaker an Zivilisten begingen –, ja sogar FLN-Sympathisanten zu Wort kommen ließen.

Diese drei Blätter haben sich seitdem immer weiter „nach Westen“ orientiert. Und der Globale Süden, der heute den westlichen Block herausfordert, hat nur noch wenig gemein mit der neuen Welt, die vor einem halben Jahrhundert das koloniale Joch abschüttelte: Auch hier herrscht mittlerweile der freie Markt. Der Globale Süden ist fragmentiert und hat jegliches emanzipatorische Potenzial verloren. Er fordert zwar ein neues Gleichgewicht der Kräfte, das aber vor allem, um sich im Wettbewerb mit dem Globalen Norden auf dessen angestammtem Terrain eine bessere Position zu verschaffen.

Für eine Zeitung wie unsere ist es heute schwieriger denn je, sich nicht von der westlichen Bubble mitreißen zu lassen: Außerhalb von Krisenzeiten interessieren sich immer weniger Menschen für internationale Nachrichten. Für progressive Ideen wird die Luft dünn, da die politische Welt immer geschlossener auf US-Linie einschwenkt. Und das Aufkommen neuer Informationstechnologien hat leider auch nichts dazu beigetragen, diesen Trend umzukehren.

Der Daumen wischt reflexhaft übers Display, scrollt endlos durch Videoclips – zuerst durch die, nach denen wir gesucht haben, dann durch solche, die ein Algorithmus generiert hat, und dann durch wieder andere, ohne jeglichen Bezug zum ursprünglichen Thema. Während die Bilder vorbeiziehen, schaltet der Verstand ab und wird stumpf. Und trotzdem ist da dieses unbändige Verlangen, das unser Auge an den Bildschirm fesselt.

Die Digitalindustrie würde die Nachrichtenkonsument:innen gern in eine Zombiarmee verwandeln, die zwischen Katzenfotos und Bildern von Massakern hin und her taumelt. Fast unbemerkt haben sie die Art und Weise, wie wir uns Wissen aneignen, grundlegend verändert: Immer seltener geschieht dies lesend, immer häufiger über Bilder.

Für die Investoren aus dem Silicon Valley ist Lesen nicht nur unzeitgemäß, es ist auch gefährlich: Es frisst Zeit, Aufmerksamkeit und Konzentration und ist ein Ausdruck der Selbstbestimmung darüber, wie wir was und wann wir lesen. Warum lesen?, fragen diejenigen, die unser Gehirn monetarisieren wollen: Schau dir stattdessen doch einfach Bilder an!

Seit der Übernahme von YouTube durch Google 2006 und dem Aufstieg der sozialen Medien sind redaktionell unbearbeitete (und oft brutale) Videoclips zur dominanten Nachrichtenform geworden. Diese Clips, von einem Protagonisten oder Zeugen per Smartphone, von einer Drohne oder Überwachungskamera gefilmt und aus jeglichem Kontext gerissen, wecken starke Emotionen – positive wie negative – und den Impuls, zu reagieren ohne vorher nachzudenken. Wenn etwas viral geht, klingeln die Kassen.

Die Anschläge und Massaker des IS von 2015 und 2016 haben zu einer Normalisierung dieser Videos beigetragen: Die visuellen Manifestationen dieses obszönen Terrors fluteten die Bildschirme der Nachrichtensender ebenso wie die individuellen Feeds von Social-Media-Usern. Kurze Clips – heißen sie nun *reels*, *stories*, *shorts* oder *snaps* –, die in schneller Abfolge Geburtstagsfeiern, Tanzeinlagen, Fußballtore und Mordszenen zeigen, dominieren heute Instagram und Tiktok, aber auch Plattformen wie X (vormals Twitter), die sich ursprünglich auf das geschriebene Wort konzentrierten.

Angesichts der Konkurrenz durch Social Media und 24-Stunden-Nachrichtenkanäle zeigen die meisten großen Zeitungen heute ähnliche Formate auf ihren Websites, um ein jüngeres Publikum anzuziehen als ihre – in der Regel – alternde Leserschaft. Vom anonymen X-User bis zur politischen Entscheidungsträgerin, alle reagieren mittlerweile auf Bilder, als wären diese die Ereignisse selbst: „Was war Ihre Reaktion, als Sie zum ersten Mal diese Bilder gesehen haben?“, fragte am 13. Oktober *Libération* die Vorsitzende der französischen Grünen. „Diese Bilder, die jeder sehen konnte, zeigen den absoluten Horror des von der Hamas verübten Terroranschlags.“

Auf schockierende Bilder nicht sofort zu reagieren, gilt heute als sonderbar. Oder schlimmer: als möglicher Beweis für einen Mangel an Empathie. Thomas Legrand, Journalist bei France Inter und *Libération*, berief sich auf die Werte dieser „Impulspolitik“, um Politiker:innen von La France insoumise vorzuwerfen, dass sie nicht schnell genug Gefühle gezeigt haben: „Die wahre Natur einer politischen Bewegung kann an ihrer ersten Reaktion auf ein tragisches Ereignis abgelesen werden, wenn es um grundlegende Prinzipien geht und noch keine Zeit war, alle Aspekte abzuwägen“ (*Libération*, 10. Oktober 2023).

Dies ist eine erstaunliche Entwicklung: Politische Entscheidungsträger haben sich lange Zeit damit gebrüht, ihre eigenen Gefühle außen vor zu lassen, um die Ursachen und Folgen eines Ereignisses mit dem Maßstab der Vernunft zu beurteilen.

Kann sich eine Zeitung dieser Dominanz der Instantreaktionen und Emotionalisierung der Berichterstattung widersetzen? In Anbetracht der Tatsache, dass es überall – manchmal zu Unrecht – heißt, die jüngere Generation informiere sich ausschließlich über soziale Medien und durch Influencer, könnte man meinen, dass die Tage von *Le Monde diplomatique* gezählt sind. Doch das ist mitnichten der Fall: Wie die vergangenen 70 Jahre – im Mai 1954 erschien die erste Ausgabe – möchten wir unsere Leserinnen und Leser ermuntern, mit uns die internationalen Nachrichten zu analysieren und sich dieser anspruchsvollen Tätigkeit mit Scharfsinn, Muße und Aufmerksamkeit zu widmen.

Statt Sensationslust bieten wir historische Perspektiven, Reportagen von Expert:innen und engagierte, aber gut belegte Analysen. Auch wenn wir unsere Meinung nicht hinter einer vorgeblichen Objektivität verstecken, sind wir stolz darauf, andersdenkende Leser:innen zu haben. Diese sind vielleicht nicht immer unserer Meinung, aber sie schätzen es, dass wir ihnen statt Belehrungen geprüfte Informationen liefern, die sie anderswo nicht so leicht finden.

Diese Ernsthaftigkeit mag keine leichte Kost sein: Wir veröffentlichen keine Videobatten, keine Sofa-Interviews, keine Promiporäts, bieten keinen Newsfeed und keine Produkttests der besten Reisekissen. Unsere Website, mit der wir im Februar 1995 vor allen anderen online gegangen sind, ist nicht dazu da, Anzeigenplätze zu verkaufen oder Nutzerdaten an Werbeagenturen zu verscherbeln, sondern um Artikel zum Lesen bereitzustellen. Wir verzichten auf derlei Einnahmen und sind trotzdem noch am Leben: Unsere Auflage ist in den letzten Jahren weitestgehend stabil geblieben, während andere Zeitungen eingegangen sind.

Das einzigartige Geschäftsmodell von *Le Monde diplomatique* hat uns geholfen, diesen Weg zu gehen und autonom und unabhängig zu sein: 1996 haben Leser:innen die Vereinigung Les Amis du Monde diplomatique gegründet und 25 Prozent des Kapitals erworben; die Pariser Redaktion als Teil der Gunter Holzmann Association (benannt nach einem großzügigen Spender³) hält weitere 24 Prozent der Anteile. Zusammen haben diese beiden Parteien bei wichtigen Geschäftsentscheidungen ein Vetorecht. Eine Besonderheit ist außerdem, dass unser

Direktor alle sechs Jahre neu gewählt wird, und zwar vom gesamten Team in der Avenue Stephen-Pichon und nicht nur von den Redakteur:innen.

Ignacio Ramonet und Bernard Casen, die damals die Zeitung leiteten, waren mutig genug, die Frage nach den Eigentumsverhältnissen in der Medienbranche zu einer Zeit aufzuwerfen, in der das Thema bei den französischen Leitartiklern geradezu Schnappatmung auslöste. „Die Behauptung, man sei nicht frei, sobald ökonomische Interessen ins Spiel kommen, ist absolut haltlos“, erklärte Laurent Joffrin im Juni 1999 auf Canal+. Patrick Poivre d'Arvor sprach von „intellektuellem Terror“ und Franz-Gilvert Giesbert von einem „Krypto-Populismus à la Le Pen“ – ein vermintes Gebiet, auf dem wir uns bewegen.

25 Jahre später ist allgemein bekannt, dass 90 Prozent der französischen Medien im Besitz von neun Mil-

liardären sind. *Le Monde diplomatique* hat maßgeblich zu diesem Wissen beigetragen. Die Infografik „Wem gehört was?“ gehört seit langem zu unseren meistgelesenen Veröffentlichungen.⁴

Als die Grafik 2007 das erste Mal erschien, wurde sie unter der Hand weitgereicht. Unsere setzten die meisten Medien auf einen Code of Conduct, Vereinbarungen mit den Aktionären oder andere zahnlose Maßnahmen, um Einflussnahmen zu verhindern. Wie naiv das war, zeigt die Übernahme von I-Télé durch den Unternehmer Vincent Bolloré 2016, der den Nachrichtenkanal unter dem Namen CNews in eine Bastion der extremen Rechten verwandelte. Ähnlich erging es dem Wochenblatt *Le Journal du Dimanche*, das seit 2021 in Bollorés Besitz ist. Wie real die Gefahren sind, zeigte sich auch, als Elon Musk Twitter übernahm und ideologisch neu ausrichtete.

Hinter dem Erfolg unserer Grafik zu den Eigentumsverhältnissen in der französischen Medienlandschaft verbirgt sich allerdings ein Missverständnis. *Le Monde diplomatique* schlägt eine strukturelle Veränderung vor: Obwohl Nachrichten eine unverzichtbare öffentliche Dienstleistung sind, werden sie heute wie Billigware produziert. Stattdessen sollten sie sowohl der Zensur des Marktes als auch der des Staates entzogen werden und vergesellschaftet werden.

Doch viele, die das derzeitige Medienmonopol kritisieren, wollen das Spiel an sich nicht ändern. Sie haben nichts dagegen, wenn Zeitungen wie ein Sack Kartoffeln gekauft und ver-

kauft werden, solange sich die neuen Aktionäre zu benehmen wissen.⁵ Bernard Arnault (*Le Parisien*, *Les Échos* und *Radio Classique*): ja. Vincent Bolloré (C8, CNews, Europe1, *Le Journal du Dimanche*): nein. So reduziert sich in gebildeten Kreisen die Kritik an der Kommerzialisierung der Medien auf den Kampf gegen rechtsextreme Medien, der, selbst wenn er erfolgreich wäre, die zugrundeliegende Struktur nicht antastet.

Der Schrecken über die „neun Milliarden“ verdrängt allerdings eine andere Fehlentwicklung, die sich nicht mit der Macht der Aktionäre erklären lässt: Die gleichförmige Berichterstattung über Themen wie die Coronalockdowns oder den Ukrainekrieg bei den Öffentlichen (France Télévisions, France Inter), Privaten (TF1, RTL), Unabhängigen (Médiapart) oder solchen, die einem Industriekonzern gehören (*Libération*, *Le Figaro*).

kende Verkaufszahlen lassen weitere Kioske verschwinden, was wiederum die Sichtbarkeit der Druckerzeugnisse verringert und es weniger wahrscheinlich macht, dass sie neue Leser:innen finden. Die Verlage setzen deshalb auf Digitalisierung und bieten, wie zum Beispiel *Libération* oder *Le Monde*, Abos zu Spottpreisen an, wenn sich die Neukund:innen mit ihrem Google-Konto anmelden. Die Abonnent:innen können dann Links zu Artikeln öffnen, die sie auf Social Media finden, und die Tech-Konzerne dürfen fleißig Daten sammeln. Das Ziel ist nicht länger, aus einer Haltung heraus ein Argument zu entwickeln – das wäre ein redaktionelles Anliegen –, sondern Artikel im großen digitalen Ozean treiben zu lassen.

Obwohl als Antwort auf die Zeitungskrise angepriesen, könnte diese Strategie scheitern: Mehrere Plattformen haben ihre Algorithmen zum Nachteil des Journalismus geändert,

In einer Zeit, in der sich der Diskurs leicht von Trends, Hot Takes und Scheindebatten beeinflussen lässt, gibt *Le Monde diplomatique* nicht bestimmte Themen auf, weil sie von Kräften, gegen die wir kämpfen, vereinnahmt und verzerrt wurden. Marine Le Pen und Éric Zemmour kritisieren die EU und den Euro und preisen den Protektionismus; Donald Trump und Viktor Orbán wettern gegen die Nato; die Alt-Right in den USA behauptet die Meinungsfreiheit gegen die Zensur der Tech-Konzerne zu verteidigen ...

Statt sich aus dem Kampf der Ideen zurückzuziehen unter dem Vorwand, das Gelände sei vermint, bleibt *Le Monde diplomatique* standhaft und entlarvt die Heuchelei der Konvertiten: Die Alt-Right verteidigt die Meinungsfreiheit im Netz, nur um weiter rassistische Beleidigungen rauszuhauen, verbietet aber progressive Schulbücher und verbannt die demokratische Kongressabgeordnete Ilhan Omar aus dem außenpolitischen Ausschuss, weil sie es gewagt hat, die Palästinenser zu verteidigen.

Doch wer aufrecht bleibt, dem bläst der Sturm ins Gesicht. „Rot-braune“, „Verschwörungstheoretiker“, „Journalistischer Schiffbruch“, „prussisches Käseblatt“, „Feinde des Westens“, „Freunde der Terrorgruppe Hamas“, „Eine Zeitung, die schon immer Verbrechen verteidigt hat“: Solche Anschuldigungen kursieren in den Social-Media-Kanälen, und sie werden nicht immer von unseren erklärten Feinden verbreitet.

Wer versucht, zu analysieren, warum diejenigen gespalten sind, die eigentlich für eine gemeinsame Sache kämpfen könnten, wer versucht, politische Niederlagen zu verstehen, anstatt immer auf einen künftigen Sieg zu hoffen, mag jene irritieren und entmutigen, die lieber glauben wollen als einzusehen, dass Zweifel angebracht sind. Das ist der Preis der Klarheit. Welchen Wert hat eine Zeitung, die ihre Leser:innen nur in ihren Überzeugungen bestätigt? Wie Jean-Paul Sartre einmal schrieb, müssen wir manchmal „die Richtigkeit einer Idee an dem Unmut messen, den sie in uns hervorruft.“

Eine internationale Zeitung herauszubringen, ist nur durch Ihren Einsatz und Ihre Unterstützung möglich. Jedes Mal, wenn diese Zeitung in schwieriges Fahrwasser geriet, hat uns Ihr Elan zum Weitermachen inspiriert. Wir wenden uns auch heute an Sie, die „Diplo“ Menschen näherzubringen, die sie noch nicht kennen, und sie zum Abschluss eines Abos zu ermutigen.

Wenn X, Facebook und Instagram ihre Algorithmen verändern und journalistische Inhalte weniger sichtbar werden, trifft uns das kaum, denn unsere Leser:innen sind unser stärkstes soziales Netz. Und vielleicht können Sie viel besser als wir beschreiben, was diese einzigartige Zeitung ausmacht. Oft werden Sie vielleicht hören: „Ich hab keine Zeit.“ Doch selbst diese seltene Ressource, die wir nicht selten für News in Dauerschleife und Social Media verschwenden, kann zurückgewonnen werden.

„Sich zu informieren ist anstrengend“, schrieb Ignacio Ramonet. Das ist wahr, aber es ist die Voraussetzung dafür, sich ein eigenes klares Urteil bilden zu können und die Grundlage kollektiver Emanzipation.



Christoph Hänsli, *Der Synchronizer*, 2020, Acryl auf Leinwand, 45,5 × 60,5 cm

liardären sind. *Le Monde diplomatique* hat maßgeblich zu diesem Wissen beigetragen. Die Infografik „Wem gehört was?“ gehört seit langem zu unseren meistgelesenen Veröffentlichungen.⁴

Als die Grafik 2007 das erste Mal erschien, wurde sie unter der Hand weitgereicht. Unsere setzten die meisten Medien auf einen Code of Conduct, Vereinbarungen mit den Aktionären oder andere zahnlose Maßnahmen, um Einflussnahmen zu verhindern. Wie naiv das war, zeigt die Übernahme von I-Télé durch den Unternehmer Vincent Bolloré 2016, der den Nachrichtenkanal unter dem Namen CNews in eine Bastion der extremen Rechten verwandelte. Ähnlich erging es dem Wochenblatt *Le Journal du Dimanche*, das seit 2021 in Bollorés Besitz ist. Wie real die Gefahren sind, zeigte sich auch, als Elon Musk Twitter übernahm und ideologisch neu ausrichtete.

Hinter dem Erfolg unserer Grafik zu den Eigentumsverhältnissen in der französischen Medienlandschaft verbirgt sich allerdings ein Missverständnis. *Le Monde diplomatique* schlägt eine strukturelle Veränderung vor: Obwohl Nachrichten eine unverzichtbare öffentliche Dienstleistung sind, werden sie heute wie Billigware produziert. Stattdessen sollten sie sowohl der Zensur des Marktes als auch der des Staates entzogen werden und vergesellschaftet werden.

Doch viele, die das derzeitige Medienmonopol kritisieren, wollen das Spiel an sich nicht ändern. Sie haben nichts dagegen, wenn Zeitungen wie ein Sack Kartoffeln gekauft und ver-

Die Gewöhnung an eine immer einseitiger werdende prowestliche und emotional wie visuell überfrachtete Berichterstattung, automatisierter Clickbait-Journalismus und die Dezimierung des Vertriebsnetzes sind *Le Monde diplomatique* sicherlich nicht zuträglich. Unsere Abozahlen, die während der Lockdowns in die Höhe geschnellt waren, sind zwei Jahre später gesunken; die Kioskverkäufe stagnieren. 2023 ist die Gesamtauflage der französischen Ausgabe im Vergleich zum Vorjahr um 8 Prozent gesunken und hat sich bei knapp über 160.000 Exemplaren pro Monat eingependelt. In den Kündigungsbriefen werden immer wieder zwei Gründe benannt: Zeit und Geld. Warum soll ich mir eine Zeitung kaufen, die dann ungelesen auf dem Couchtisch liegen bleibt? Und wenn die Inflation die Kaufkraft schwächt, ist dann eine Monatszeitung, die die weite Welt zum Thema hat, wirklich unverzichtbar?

Viele französische Zeitungen kämpfen mit ähnlichen Schwierigkeiten. Im August 2023 lagen die Einzelverkäufe der überregionalen Tageszeitungen um 8,6 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat, bei Wochenzeitungen gingen sie sogar um 10,4 und bei Monatszeitungen um 12,1 Prozent zurück. Auch die Regionalzeitungen leiden und haben im vergangenen Jahr viele Mitarbeiter:innen entlassen – was auch den Vertrieb weiter schwächt. Gab es 2011 noch 28.579 Verkaufsstellen, waren es 2022 nur noch 20.232.

Wenn Zeitungskioske schließen, erzeugt das einen Teufelskreis. Sin-

weil sie es leid waren, für Publikationsrechte zu zahlen und dafür kritisiert zu werden, die politischen Gräben zu vertiefen (wie etwa nach dem Sturm auf das Kapitol im Januar 2021). So bevorzugt X jetzt dubiose Influencer gegenüber journalistischen Inhalten und Facebook setzt wieder mehr auf Beiträge von Freunden und Familienmitgliedern.

Tests haben gezeigt, dass Facebook in der Lage ist, den Traffic zu Websites etwa der *New York Times* oder des *Wall Street Journal* um 40 bis 60 Prozent zu minimieren. Bei der linken US-Monatszeitschrift *Mother Jones*, die sich vorwiegend politischen und sozialen Themen widmet, brachen die Facebook-Besucherzahlen 2022 um 75 Prozent ein.⁶

Auch *Le Monde diplomatique* bekommt die Folgen dieser digitalen Manipulationen zu spüren. Selbst wenn wir nicht sonderlich abhängig sind von sozialen Medien, haben wir früher viele neue Leser:innen über diese Plattformen gewonnen. Zugegebenermaßen, wenn in der Welt Dramatisches geschieht, finden die Leser:innen von dort aus auch weiterhin zu unseren Artikeln. Doch die Reichweite von *Le Monde diplomatique* ist nicht groß genug, um unsere blockfreie Weltsicht, die den aktuellen Trends in der französischen Presse zuwiderläuft, einem breiteren Publikum nahezubringen. Dass wir bemüht sind, einen Schritt zurückzutreten und aktuelle Ereignisse in ihre historischen Kontexte einzubetten, folgt unserer Maxime, alle Argumente den publizistischen Regeln getreu zu präsentieren.

¹ John Simpson, „Why the BBC doesn't call Hamas 'terrorists'“, 11. Oktober 2023.

² Nach Zahlen des Committee to Protect Journalists (CPJ) wurden seit Kriegsbeginn bis zum 3. Januar 77 Journalist:innen und Mediaberater:innen getötet, siehe „Journalists casualties in the Israel-Gaza-war“.

³ Siehe Ignacio Ramonet, „Gunter Holzmann – ein Nachruf“, *LMD*, Februar 2001.

⁴ „Médias français, qui possède quoi?“, *LMD* (französische Ausgabe), Dezember 2023. Die Grafik kann auf unserer Website kostenlos heruntergeladen werden, siehe monde-diplomatique.fr.

⁵ Siehe Benoît Bréville, „Frankreichs Medienmilliarde“, *LMD*, September 2023.

⁶ Siehe Jeff Horwitz, Keach Hagey und Emily Glazer, „Facebook Wanted Out of Politics. It Was Messier Than Anyone Expected“, *The Wall Street Journal*, New York, 5. Januar 2023.